Bundespressekonferenz 12.09.2025

Thema NATO-Ostflanke/Drohnen über Polen

Regierungssprecher Stefan Kornelius; Sprecher BMVg Oberst Mitko Müller

Frage

Herr Müller, gestern wurde angekündigt, dass das deutsche Engagement bei der Luftraumüberwachung in Polen verstärkt werden sollte, auch mit zusätzlichen Flugzeugen. Wann genau soll das starten?

Müller (BMVg)

Das ist bereits umgesetzt. Die Luftwaffe hat schon gestern Abend die Einsatzbereitschaft hergestellt. Das heißt, in Laage stehen jetzt zwei Alarmrotten, die 24/7 den Auftrag erfüllen. Beide Alarmrotten sind auch zur Auftrags Erfüllung im Rahmen des Air Policing über Polen befähigt.

Ich will unterstreichen, dass dieser Beitrag einer von mehreren ist. Wir stellen weiterhin ebenfalls Luftbetankungsbeiträge bereit, um das Air Policing vor Ort zu unterstützen. Das wird von der multinationalen Tankerflotte durchgeführt. Die Klammer darum sind die anderen Einsätze, die wir an der Ostflanke haben, auch zum Thema der Luftverteidigung. Wir sind aktuell in Rumänien mit einem Eurofighterkontingent. Wir waren im vergangenen Jahr mit einem Eurofighterkontingent in Lettland und haben erst vor kurzem für ca. vier Wochen ein Kontingent direkt in Polen gehabt, auf einem Flugplatz in der Nähe von Warschau. Wir verlegen noch dieses Jahr ein mobiles Radarsystem. Das ist normal - das haben wir schon 2024 gemacht -, weil wir seit 2004 das Air Policing speziell im Baltikum und jetzt ausgeweitet auf die gesamte Ostflanke unterstützen.

Zusatzfrage

Noch eine Nachfrage zu den Kampffjets beziehungsweise zur Kommandostruktur: Wer entscheidet, wann die Flugzeuge aufsteigen und ob sie womöglich auch feuern?

Müller (BMVg)

Die QRA, die wir in Deutschland stellen - übrigens haben wir noch eine in Süddeutschland; das macht jedes Land immer so, dass man überall gut hinkommt -, werden in der Nato-Kommandostruktur geführt. Dort gibt es Prozesse, die auf das Lagebild zugreifen. Wir nennen das System insgesamt Nato Integrated Air and Missile Defence. Die Nato hat auch eine sehr gute Website, auf der das erklärt wird. Dort laufen die Lageinformationen ein. Über den Kommandostrang wird dann bei der Nato und natürlich mit deutscher Beteiligung der Einsatzbefehl ausgelöst. Die Männer und Frauen, die das vor Ort betrifft, sind rund um die Uhr in ihren Fliegerkombis vor Ort und innerhalb von wenigen Minuten in der Luft, wenn auf den Knopf gedrückt wird. Deswegen ist der Beitrag, dass sie gestern Abend sofort bereit waren, gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Frage

Herr Kornelius, der US-Präsident hat das Eindringen russischer Drohnen in den Bündnisluftraum als möglichen Fehler bezeichnet, als mögliches Versehen der Russen. Kommt das auch für die Bundesregierung in Frage?

StS Kornelius

Die Bundesregierung orientiert sich an der Auswertung der Nato. Diese Analysen laufen nach wie vor. Die Zwischenstände kennen sie. Die Bundesregierung und die Nato haben momentan keine Zweifel an der Herkunft der Drohnen, nämlich aus Russland. Die Herkunft der Drohnen ist historisch belegt und unbestritten. Insofern denke ich, dass auch die Zahl der Drohnen Auskunft darüber gibt, dass es sich nicht um eine zufällige Verirrung einzelner Flugkörper handelt.

Zusatzfrage

Wie finden Sie die Einlassung des US-Präsidenten dazu?

StS Kornelius

Wir beurteilen die Äußerung des Präsidenten nicht.

Frage

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses hat heute unter anderem im „Spiegel“ und im „Weser-Kurier“ gefordert, man sollte künftig auch daran denken, Drohnen schon über ukrainischen Luftraum abzuschießen, sofern sie sich dem polnischen und damit dem Nato-Luftraum nähern. Wie steht die Bundesregierung dazu?

StS Kornelius

Die Einsatzrichtlinien für die Nato und für die Abwehr feindlicher Drohnen auf dem Nato-Gebiet sind bekannt. Sie werden von der Bundesregierung und von den anderen Bündnispartnern geteilt. Über diese Einsatzrichtlinien hinaus gibt es keine weiteren Handlungsoptionen.

Frage

Gestern hatte der bisherige Heeresinspektor Mais gesagt, die Abwehr von Drohnen sei eine der größten Schwächen Deutschlands. Wie reagiert die Bundeswehr darauf? Was ist diesbezüglich in Zukunft geplant?

Müller (BMVg)

Dieses Themenfeld muss man im Grunde zweigeteilt betrachten. Zum einen haben wir die Abwehr militärischer Bedrohung - Stichwort Großdrohnen -, wie wir sie aktuell auch in der Lage in Polen gesehen haben. Diesbezüglich wäre die Bundeswehr im Rahmen der Daueraufgabe Sicherheit im Luftraum zuständig, die wir zum Beispiel durch die Alarmrotten auch über Deutschland erfüllen oder bei einer Eskalation auch mit der bodengebundenen Luftverteidigung. Das ist der eine Themenbereich. Dort investieren wir durch neue Luftfahrzeuge und durch bodengebundene Luftverteidigung. Zum Beispiel haben wir vergangenes Jahr das erste IRIS-T-SLM-System für die Bundeswehr empfangen, und weitere fünf werden folgen. Wir investieren wie zum Beispiel diese Woche mit dem Kauf neuer Patriot-Lenkflugkörper. Wir stärken die bodengebundene Luftverteidigung. Das ist das eine Themenfeld.

Das andere Themenfeld - das haben wir schon öfter diskutiert - ist das Themenfeld von Drohnen eher im Bereich hybrider Bedrohungen und Ausspähung. Nachdem wir die Heeresflugabwehr für den Nah- und Nächstbereichsschutz im Rahmen des Themas der Friedensdividende minimiert haben, wollen wir das wieder aufbauen. Hierfür wurde eine Erstbeschaffung für Systeme für den Nah- und Nächstbereichsschutz ausgelöst. Aufgrund der Industriekapazitäten werden wir darauf noch warten müssen. Im kleineren Maßstab sind auch IRIS-T-Systeme dafür geeignet. Was das

angeht, werden wir auch aufwachsen. Ich denke, es ist kein Geheimnis, dass wir für die zweite Jahreshälfte beziehungsweise für das Jahr 2026 noch an weiteren Stückzahlergänzungen für die Streitkräfte arbeiten, um auch den Nah- und Nähebereichsschutz zu stärken. Das wird in nicht unerheblichem Umfang erfolgen. Richtig ist, dass in diesem Themenfeld noch Handlungsbedarf besteht. Was Netzwerkdrohnen, elektromagnetische Störmaßnahmen oder Radaraufklärungssysteme für sensible Standorte angeht, haben wir schon in den vergangenen zehn Monaten eine erhebliche Entwicklung durchgemacht und auch unsere eigenen Schutzmaßnahmen erheblich verstärkt.

Ich wiederhole aber: Für den Bereich von zum Beispiel Kleinstdrohnen, Industriespionage und Spionage in der Fläche hat die Bundeswehr in diesem Höhenband nicht die Befugnis und die Wirkungshoheit, sondern das wird eher bei den Landessicherheitsbehörden unter der Federführung des BMI liegen.

Soweit zur generellen Aufteilung und dem, was in den jeweiligen Themenbereichen zu betrachten ist.

Zusatzfrage

Von welchem Zeithorizont gehen Sie aus, wenn Sie sagen: „Wir haben Nachholbedarf“?

Müller (BMVg)

Für das Thema SLM, für die Luftverteidigungssysteme mittlerer Reichweite, haben wir jetzt eines erhalten. Soweit ich weiß, werden die weiteren Systeme in den kommenden zwei Jahren zulaufen.

Für das Thema Nah- und Nächstbereichsschutz haben wir bereits ein Nachweismuster des sogenannten Skyranger-Systems erhalten. Insgesamt 19 sind bestellt. Diese 19 werden natürlich nicht reichen, um die Fähigkeitsdarstellung für diesen Bereich zu gewährleisten. Deswegen werden wir, wie gesagt, im Bereich des Nah- und Nächstbereichsschutzes auf jeden Fall weitere Beschaffung auslösen. Dann wird es maßgeblich von den Industriekapazitäten abhängen, in welchen Jahresscheiben die Zuläufe erfolgen. Sie wissen, dass wir das Ziel haben, bis spätestens 2029 die Verteidigungsfähigkeit auch in diesem Bereich sicherzustellen. Das wird in erheblichem Maße gelingen, auch im Bereich der Luftverteidigung. Aber ob alle Systeme bis dahin zugelaufen sind, kann man erst dann sehen, wenn die Industrie entsprechende Kapazitäten aufzeigt.

Aber es passiert einiges in diesem Bereich. Es gibt zum Beispiel auch die Beschaffung eines Flugabwehrraketenspanzers. Das ist ein Zwischenelement. Zwischen einem Kanonenpanzer und der mittleren Luftverteidigung gibt es, vereinfacht gesagt, noch ein System mit kleineren Raketen. Auch das ist ausgelöst und wird die Bundeswehr über die nächsten Jahresscheiben erreichen.

Frage

Herr Müller, gestern gab es Meldungen, wonach fünf der 19 abgeschossenen Drohnen sozusagen auf einer Flugbahn in Richtung auf Nato-Stützpunkte gewesen seien. Kann man das in irgendeiner Form bestätigen, oder was ist Ihre Antwort darauf?

Müller (BMVg)

Ich habe mich am Mittwoch schon dahin gehend geäußert, dass wir uns zu Flugbahnen, zu Orten und Zeiten nicht äußern, weil das eingestufte Informationen sind.

Zusatzfrage

Herr Kornelius, stimmt es, dass im Rahmen eines möglichen weiteren Sanktionspakets jetzt nach diesem Drohnenvorfall auch über Einschränkungen bei Schengen-Visa für russische Staatsbürger nachgedacht wird? Heißt das, dass es dann so gut wie keine Schengen-Visa mehr für Russen gibt?

StS Kornelius

Über das 19. Sanktionspaket wird momentan verhandelt. Es befindet sich in der Vorbereitung. In diesem Zusammenhang kursieren sehr viele Ideen. Manche sind richtig, manche sind falsch. Ich würde den Prozess abwarten, ehe ich das bestätigen oder dementieren kann.

Frage

Herr Müller, eine Lernfrage zur jetzt verdoppelten Zahl der Flugzeuge in Alarmrotten in Rostock-Laage: Von wo wurden sie abgezogen - vielleicht habe ich es überhört -, oder waren diese Maschinen sowieso schon dort stationiert?

Müller (BMVg)

Die Maschinen werden nicht abgezogen. Sie stehen normalerweise auf unseren Standorten der taktischen Luftwaffengeschwader. Laage ist solch ein Standort und hat also ein eigenes. Soweit ich weiß, erfolgt gewissermaßen ein Sharing mit einem Luftwaffengeschwader, das im Bereich Nordwestdeutschlands stationiert ist, mit dem Geschwader in Wittmund. Es ist normalerweise für den Übungs- und Ausbildungsbetrieb eingeplant, um sich fit zu halten. Das wird jetzt umdeklariert und steht jetzt dort in der 24/7-Dauerbereitschaft.

Zusatzfrage

Diese neu einsatzbereiten deutschen Flugzeuge ersetzen die Alarmrotten anderer Nato-Partnerstaaten, also zum Beispiel der Niederländer. Diese waren ja beim Abschuss der Drohnen beteiligt. Oder ist das zusätzlich?

Müller (BMVg)

Meiner Kenntnis nach ist das zusätzlich. Auch andere Nationen wie zum Beispiel Frankreich haben sich bereit erklärt, zusätzliche Unterstützung bereitzustellen. Die Nato steht dabei geschlossen und unterstützt besonders aufgrund der Lage mit weiteren Fähigkeiten, die jetzt eingebracht werden.

Frage

Ich habe eine Frage zur heutigen Militärübung in Belarus an das Verteidigungsministerium. Ist die Bundeswehr wegen dieser Übung jetzt in erhöhter Alarmbereitschaft?

Müller (BMVg)

Wir haben uns zu der Übung Sapad, die Sie wahrscheinlich meinen, hier schon häufig geäußert. Der Generalinspekteur war diesbezüglich vor zwei Wochen in der BPK. Wir beobachten zusammen mit dem Bündnis, zusammen mit unseren Partnern, sehr genau, was dort passiert. Man hat natürlich ein Lagebild über die Luftlage, die Landlage und die Seelage. Man wird das ganz genau beobachten.

Lageabhängig werden immer Maßnahmen getroffen, um das eigene Personal vor Ort zu schützen und gewappnet zu sein; ich will es einmal so bezeichnen. Aber ich sage ganz klar, dass die Übung

Quadriga 2025, die parallel mit Überschneidungen stattfindet, nicht eine Reaktion auf diese Übung ist. Ich habe es, glaube ich, am Mittwoch schon gesagt. Es ist eine reine Defensivübung. Wir üben dort die Verteidigung des Bündnisses, größtenteils mit Verlegeanteilen für das Baltikum. Die Übung ist nicht gegen jemanden gerichtet, sondern für uns, um unsere Fähigkeiten, auch im Partnerkreis, im Verbündetenkreis und im Alliiertenkreis, zu üben.

Zusatzfrage

Hat sich die Einschätzung dieser Übung durch den Drohnenvorfall geändert?

Müller (BMVg)

Ja, dahingehend, dass es wichtig ist, dass wir trainieren, einsatzbereit sind und den Zweiklang der Nato - Abschreckung und Verteidigung - ständig aufrechterhalten.

Frage

Die Drohnen über Polen zeigen, dass Russland immer angriffslustiger wird, nicht nur in der Ukraine, sondern auch gegenüber Nato-Staaten. Wie will die Bundesregierung dem entgegenreten? Was sind dabei die Pläne? Die Frage geht an Herrn Kornelius.

StS Kornelius

Der erste Teil Ihrer Frage ist eine Wertung, die ich nicht teilen möchte, weder abschwächend noch bestärkend. Das ist Ihre Bewertung. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und des Bündnisses ihre oberste Priorität in der Außen- und Sicherheitspolitik ist. Sie haben in den letzten Wochen und Monaten vielfältige Maßnahmen gesehen, vor allem in der Budgetierung, aber auch in strukturellen Entscheidungen wie beim Wehrpflichtgesetz, die zeigen, dass die Bundesregierung die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu ihrem zentralen Aufgabengebiet gemacht hat.

Wir nehmen die sich zuspitzende Sicherheitslage sehr ernst, aber begegnen ihr auch mit einer sehr entschlossenen Gelassenheit, weil Verteidigungsfähigkeit und Abschreckungsfähigkeit zu der Grundausstattung einer Demokratie, eines Staates gehören, der auf seine Freiheiten achtet. Das wird dieses Land im Verbund mit den Bündnispartnern tun. Sie haben an den vielfältigen Aktivitäten der zuständigen Ministerien, des Verteidigungsministeriums und des Außenministeriums, und natürlich der Außenpolitik des Bundeskanzlers gesehen, welche Bedeutung das Thema einnimmt.

Frage

Herr Kornelius, Sie hatten gestern die Reaktion der Bundesregierung auf die Luftraumverletzung mitgeteilt und dabei auch den Satz geschrieben, dass die Bundesregierung ihre Unterstützung für die Ukraine intensivieren werde. Ist das ganz allgemein auf den politischen Prozess bezogen, oder können Sie sagen, welche konkreten militärischen und finanziellen Projekte dabei womöglich im Blick stehen?

StS Kornelius

Sie wissen, dass die Unterstützung ein fortlaufender Prozess ist. Auch momentan wird daran weitergearbeitet. Es werden immer neue Unterstützungsmaßnahmen nötig werden. Die Fachebene arbeitet daran, momentan auch zum Teil vor Ort in der Ukraine. Wir erleben die Vorbereitung für das 19. Sanktionspaket. All das sind Maßnahmen, um die Ukraine weiterhin zu unterstützen.

Zusatzfrage

Heißt das, dass zum Beispiel auch Rüstungsgüter weiterhin im Blick stehen?

StS Kornelius

Rüstungsgüter stehen stets weiterhin im Zentrum, ja. Die Ukraine bedarf einer ständigen Unterstützung. Deutschland ist in Europa die wichtigste Unterstützungsnation mit einem beträchtlichen Betrag, der dabei fließt. Das Ziel muss sein, die Ukraine so abwehrfähig zu machen, dass eine Fortsetzung des Krieges auch aus russischer Sicht keinen Sinn ergibt und jetzt endlich Verhandlungsbereitschaft erkennbar wird, um diesen Krieg einem Ende entgegenzuführen.

Frage

Herr Kornelius, Herr Müller, ich habe eine Verständnisfrage zu der Mitteilung, dass der deutsche Beitrag zum Schutz des polnischen Luftraums verlängert und ausgebaut wird. Daran war interessant, dass Sie geschrieben haben, dass die Bundesregierung das entschieden habe und nicht das Verteidigungsministerium allein. Warum?

StS Kornelius

Diese Entscheidungen werden in der Bundesregierung, also in Absprache des Bundeskanzlers mit den Fachministerien, getroffen. Das Verteidigungsministerium ist das Ministerium, das dann die Umsetzung unter der eigenen Federführung wahrnimmt.

Müller (BMVg)

Ich habe noch eine Ergänzung zu Ihrer Frage bezüglich der Luftverteidigungskapazitäten. Wichtig ist auch noch, zu betrachten, dass wir in den letzten beiden Jahren auch Zuläufe in die Unterstützung der Ukraine umgeleitet haben, die wir für uns, für die Bundeswehr, geplant hatten, zum Beispiel das IRIS-T-System. Wir haben Patriot abgegeben; das wissen Sie. Das ist nicht unerheblich. Aktuell - das wissen Sie auch - läuft die Bereitstellung von zwei weiteren Systemen. Das haben wir Anfang August angekündigt. IRIS-T wurde, wie gesagt, direkt von der Industrie kommend, umgeleitet, auch Lenkflugkörper, also Munition für die Systeme, in nicht unerheblichem Maßstab. Das gilt es vielleicht noch für das Gesamtbild zu ergänzen.

Frage

Herr Müller, der polnische Ministerpräsident Donald Tusk hat gestern gesagt, dass bei der russisch-belarussischen Militärübung Sapad seiner Erkenntnis nach auch eine Besetzung des Suwałkikorridors geübt werden könnte. Das war in der Pressekonferenz des Generalinspektors vor anderthalb, zwei Wochen kein Thema. Haben auch Sie diese Erkenntnisse?

Müller (BMVg)

Ich tue mich immer schwer damit, mit eingestuften Erkenntnissen, die unsere Lagebewertung betreffen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Wenn es in der BPK nicht Gesprächsthema war, dann hat das auch einen guten Grund. Nicht alles, was wir denken und was unsere Analysten oder wir im Bündnis gegebenenfalls sehen, muss thematisiert werden. Natürlich werden Russland und Belarus gewisse Übungsziele verfolgen. Das Bündnis wird sehr genau darauf schauen, was dort wie genau

passiert. Ich wiederhole noch einmal: Wir üben nicht dagegen, wir üben für uns und haben auch kein Interesse an irgendeiner Eskalation.

Zusatzfrage

Aber in diesem Fall üben ja nicht Sie, sondern russische und belarussische Truppen, und zwar die Besetzung von polnischem Gebiet zwischen Belarus und der Exklave Kaliningrad. Teilen Sie insofern die Einschätzung des polnischen Ministerpräsidenten?

Müller (BMVg)

Zum polnischen Ministerpräsidenten habe ich nichts zu kommentieren. Alles Weitere habe ich gesagt.

Frage

Herr Müller, es gab unterschiedliche Informationen über die Herkunft der Drohnen. Ist für Sie jetzt zweifelsfrei geklärt, dass die 19 Drohnen in Polen russische Drohnen waren? Gibt es Erkenntnisse über den Startort, also darüber, wo diese Drohnen letztendlich gestartet sind oder gestartet wurden?

Müller (BMVg)

Beide Fragen wurden heute schon beantwortet. Zur ersten Frage hat sich der Regierungssprecher gerade geäußert. Zur zweiten Frage habe ich ausgeführt, dass wir uns zu Details, die wir oder unsere Partner im Lagebild sehen, nicht öffentlich äußern.